

- Es gilt das gesprochene Wort -

„Durch strategische Haushaltsplanung den Blick für die Realität schärfen“

Sehr geehrte Damen und Herren Gemeinderäte,
sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,
sehr geehrte Frau Nees als Vertreterin der Presse,

es ist eine Errungenschaft der repräsentativen Demokratie, dass der kommunale Haushalt durch die gewählten Repräsentanten der Bürgerinnen und Bürger verabschiedet wird. In einer Monarchie vereinigt das Staatsoberhaupt die legislative, exekutive und judikative Gewalt auf sich. In einer solchen Situation wird der Haushalt zum Selbstbestimmungsort des Souveräns. Weder für die Festsetzung von Ausgabenziele noch deren Realisierung braucht es irgendwoher Zustimmung. Diese Zeiten haben wir zum Glück schon lange hinter uns gelassen und gemeinsam müssen wir daran arbeiten, dass sie nie wieder kommen. Gleichzeitig gilt es aber auch daran zu arbeiten, den veränderten Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger an demokratische Entscheidungsprozesse gerecht zu werden und auch beim Haushaltsbeschluss für Transparenz zu sorgen. Wir schlagen deshalb auch in diesem Jahr vor, dass die Haushaltsreden und der Haushaltsplan morgen auf der Webseite der Gemeinde Forst veröffentlicht werden.

Die Verabschiedung des Haushalts ist das Königsrecht des Gemeinderates. In der Gemeindeordnung Baden Württemberg sind unter § 24, Rechtsstellung und Aufgaben des Gemeinderats definiert. Dort ist im Absatz 1 formuliert:

„Der Gemeinderat ist die Vertretung der Bürger und das Hauptorgan der Gemeinde. Er legt die Grundsätze für die Verwaltung der Gemeinde fest und entscheidet über alle Angelegenheiten der Gemeinde, soweit nicht der Bürgermeister kraft Gesetzes zuständig ist [...]. Der Gemeinderat überwacht die Ausführung seiner Beschlüsse [...].“

Der Haushaltsbeschluss hat dabei unterschiedliche Facetten:

1. Die Festlegung von Steuern und Gebühren erfolgt auf Basis eines Satzungsbeschlusses. Hier schafft der Gemeinderat Ortsrecht.
2. Bei der Genehmigung eines Schuldenrahmens setzt der Gemeinderat eine Leitplanke, die im Verlauf des Haushaltsjahres nicht überschritten werden darf.
3. Der Haushaltsplan selbst ist eher eine Art Logbuch in dem festgeschrieben wird, wohin die Reise gehen soll. Selbstverständlich versucht man hier eine realistische Zielplanung darzustellen. Man stellt Mittel für Projekte bereit, die man tatsächlich umsetzen möchte. Die Mittelbereitstellung garantiert aber keineswegs die Umsetzung. Dazu braucht es oft viele weitere Einzelbeschlüsse des Gemeinderats. Vom Planansatz im Haushalt bis zur

tatsächlichen Realisierung ist es oft ein langer Weg und das Ziel wird – aus ganz unterschiedlichen Gründen - nicht immer erreicht.

Sehr geehrte Damen und Herren,

diese Haushaltsrede ist zwischen der Bürgerinformationsveranstaltung Heidesee, der Kindergarten Kundgebung auf dem Kirchplatz am Samstag, einer Büttenrede in der Prunksitzung und dem heutigen Abend entstanden. Vor uns liegen allein im Monat März drei weitere Gemeinderatssitzungen und alles steht im Kontext der Kommunalwahl am 26. Mai.

Das ist kein Jammern, sondern die Darstellung der aktuellen Terminlage.

Die deutsche Wirtschaft befindet sich im neunten wirtschaftlichen Aufschwungsjahr. Die Einnahmensituation der öffentlichen Hand ist gut wie nie. Dennoch gibt es graue Wolken am Horizont. Auch über den diesjährigen Haushalt gilt es nicht zu Jammern. Vielmehr geht es auch hier darum den Rahmen darzustellen, in dem er entstanden ist.

Packen wir es an!

Die guten Nachrichten zuerst:

1. Laut Haushaltsplan werden wir am Jahresende einen kleinen Überschuss von 8.950 Euro im Verwaltungshaushalt erzielen, der dem Vermögenshaushalt zugeführt werden soll. In der Planung vom letzten Jahr, waren wir noch davon ausgegangen, dass wir rd. 179.000 Euro vom Vermögenshaushalt an den Verwaltungshaushalt zuführen müssen.
2. Mit einer Zuführung in Höhe von 51.750 Euro stärken wir zudem die Rücklage und erhöhen diese von 2,45 Mio. € auf 2,5 Mio. €. Im Haushaltsplan 2018 waren wir noch von einer Entnahme aus der Rücklage in Höhe von 848.000 Euro ausgegangen.
3. Wir werden in diesem Jahr weder Steuern noch Gebühren erhöhen.

Das Gesamtvolumen des Haushalts für das Jahr 2019 liegt bei rund 27,5 Millionen Euro. Der Verwaltungshaushalt hat ein Volumen von 21,9 Millionen Euro um liegt damit rund 700.000 Euro über dem Niveau von 2018.

Der Vermögenshaushalt hat ein Volumen von rd. 5,5 Millionen Euro, was einer Steigerung von rd. 3,8 Millionen Euro gegenüber dem Vorjahr entspricht.

Was machen wir mit diesem Geld? Wo wird es investiert?

Die großen Investitionsvorhaben sind:

Kindergarten St. Franziskus: 1,2 Mio. €

Generalsanierung der Musik- und Kunstschule: 500.000 €

Abwasserbeseitigung: 300.000 €

Einrichtung eines Waldkindergarten: 100.000 €

EDV-Ausstattung Lußhardtschule: 70.000 €

EDV-Ausstattung u. neue Telefonanlage Rathaus: rd. 55.000 €

Erwerb eine Kehrmaschine und Ersatzbeschaffungen für den Bauhof: rd. 90.000 €

Das finanzielle Volumen für den Kindergarten St. Franziskus ist weit größer als die anderen genannten Projekte zusammen. Stellen Sie sich vor, welche Spielräume wir in diesem Haushalt hätten, wenn die Versicherung bezahlen würde!

Mit Blick auf den Gesamthaushalt: **Woher kommen unsere Einnahmen und was machen wir damit?**

Einnahmenseite:

Einkommensteuer: rd. 5,6 Mio. €

Schlüsselzuweisungen vom Land: rd. 3,8 Mio. €

Gewerbsteuer: rd. 2,25 Mio. €

Gebühren, Entgelte: rd. 1,8 Mio. €

Ausgabenseite:

Personalausgaben: rd. 5,4 Mio. €

Verwaltungs- und Betriebsaufwand: rd. 4 Mio. €

Zuweisungen und Zuschüsse (z. B. Kindergärten und Vereine): rd. 2,1 Mio. €

Kreisumlage: rd. 3,2 Mio. € (trotz einer Reduzierung der Kreisumlage um 2 Punkte werden wir im kommenden Jahr mehr Geld an den Landkreis überweisen, als in diesem Jahr. Ohne die Reduzierung der Kreisumlage hätten wir sogar 3,4 Mio. € an den Landkreis abführen müssen).

Finanzausgleich an das Land: rd. 2,3 Mio. €

Vor uns liegt ein Haushaltsplan, der mit Blick auf die wesentlichen Eckdaten ein **guter und solider Plan** ist. An der Art meines Vortrags hören Sie dennoch, dass ich nicht zufrieden bin!

Warum? Ganz einfach, weil wir die erwartete Sanierung des Kindergarten St. Franziskus nicht aus eigener Kraft stemmen können, sondern dazu Schulden in Höhe von voraussichtlich 1,2 Millionen Euro aufnehmen müssen. Die positiven Eckdaten unseres Haushalts werden deshalb in der Presseberichterstattung kaum eine Rolle spielen. Die Überschriften werden lauten: „Verschuldung in Forst steigt um über eine Millionen Euro.“ Bis in ein paar Jahren wird dann sogar der Grund für die Schuldenaufnahme vergessen sein und es wird heißen: „Mit dem neuen Bürgermeister sind die Schulden gestiegen.“

Gibt es keine Alternativen zu dieser Maßnahme? Nach Abwägung aller Möglichkeiten leider nein. Eine Entnahme aus der Rücklage scheidet aus, weil dies die Genehmigungsfähigkeit unserer zukünftigen Haushalte schwer belasten würde. Ein Blick in die mittelfristige Finanzplanung zeigt, dass wir diese Rücklage dringend brauchen und nach gegenwärtigem Planungsstand im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung bis 2022 weiter deutlich abschmelzen werden, um zahlungsfähig zu bleiben.

Rücklagenentwicklung:

2019: rd. 2,5 Mio. €

2020: rd. 2,09 Mio. €

2021: rd. 1,08 Mio. €

2022: rd. 0,62 Mio. €.

Die Veräußerung von kommunalen Immobilien wurde ebenfalls in den Blick genommen. Die Gemeindeprüfanstalt hat der Gemeinde Forst bereits im Jahr 2012 attestiert, dass der kommunale Immobilienbestand für eine Gemeinde unserer Größe ungewöhnlich hoch ist. Viele von Ihnen wissen, dass er sich an verschiedenen Stellen auch in keinem guten Zustand befindet. Dennoch steht der Verkauf des Tafelsilbers gegenwärtig nicht auf dem Plan. Dass dies so bleiben wird, kann ich gegenwärtig nicht garantieren. Spätestens wenn wir zu Investitionen an verschiedenen Immobilien gezwungen sein werden, wird sich auch immer die Frage stellen, ob und wozu wir diese langfristig nutzen wollen und natürlich auch, ob die Investition für die Gemeinde rentierlich ist. Gegenwärtig ist unser Immobilienbestand kein rentierliches Geschäft. (Im Gegenteil: Für die Vielzahl der Wohnungen die wir im Bestand halten, erzielen wir seit vielen Jahren, mit nur rd. 400.000 € viel zu geringe Einnahmen, um die Kosten von rd. 550.000 Euro zu decken. Damit bleiben nicht nur die Gewinne aus, die man als Immobilienbesitzer erwartet, sondern es gelingt uns auch nicht die vorhandenen Werte zu erhalten.) Wir sind deshalb insgesamt gut beraten, den Immobilienbestand in den nächsten Jahren einer genauen Betrachtung zu unterziehen und Ideen zu entwickeln, wie wir mit dieser Situation umgehen. Hier wünsche ich mir, dass sich die Parteien und Wählervereinigung, gerade im Jahr der Kommunalwahl einmal positionieren, wo für sie der Weg hin gehen soll.

Nun wieder zurück zur Kreditaufnahme für den Kindergarten St. Franziskus. Diese schlagen wir insbesondere auch wegen der gegenwärtig noch anhaltenden Niedrigzinsphase vor. Bei einer Laufzeit von 20 Jahren können wir den Kredit zu günstigen Zinssätzen von 1,5 Prozent finanzieren. Die Folgekosten sind im Haushalt berücksichtigt und belaufen sich auf 42.000 Euro pro Jahr (Zinsen und Tilgung).

Neben dem Kredit für den Kindergarten St. Franziskus planen wir eine weitere Kreditaufnahme in Höhe von 1 Million Euro für den Rückerwerb eines Gewerbegrundstücks. Dieses war in der Vergangenheit nicht wie geplant entwickelt worden, weswegen der Gemeinderat den Rückerwerb beschlossen hat. Nur dadurch ist die Gemeinde in der Lage zu entscheiden, was aus diesem Grundstück werden soll. Der Zwischenfinanzierungskredit ist aufgrund einer relativ kurzen Laufzeit zinsfrei und wird den Haushalt vorerst nicht belasten. Geplant ist, dass der Kredit getilgt wird, sobald das Grundstück veräußert ist. Eine schnelle Veräußerung wäre wünschenswert. Viel wichtiger als die Geschwindigkeit ist jedoch eine qualitätsvolle Entwicklung unseres Gewerbegebiets. Qualität geht deshalb vor Geschwindigkeit. Wünschenswert wäre, wenn wir im Zuge der Veräußerung den Ausfall unseres größten Gewerbesteuerzahlers im Jahr 2016 kompensieren könnten. Auch wenn nur 20 Prozent der Gewerbesteuer bei der Kommune verbleiben, so hätte der gleichwertige Ersatz für die Gemeinde jährliche Mehreinnahmen von weit über 50.000 € zur Folge. In fünf Jahren käme so schnell eine stolze Summe von über einer Viertelmillion Euro zustande, für die wir sicher eine gute Verwendung finden würden. Der Verkauf dieses Grundstücks bietet viele Chancen, birgt aber auch Risiken, weil wir noch nicht wissen, wie groß der Verkaufserlös sein wird. Schön wäre, wenn wir hier positiv überrascht würden. Es ist aber auch möglich, dass unsere Erwartungen enttäuscht werden, was dann unsere Haushaltsplanung belasten

würde. Gegenwärtig interessieren sich insbesondere Bestandsfirmen aus unserem Gewerbegebiet für den Kauf des Grundstücks, die alle ihr bestehendes Geschäftsfeld ausweiten wollen.

Kommen wir zurück auf unsere großen Investitionen und warum diese es in den Haushaltsplan geschafft haben.

Beim Neujahrsempfang habe ich darauf verwiesen, dass mir der Erhalt der vorhandenen Einrichtungen besonders am Herzen liegt. Wenn wir die Arbeit des Gemeinderats und der Verwaltung in den vergangenen Jahren ernst nehmen wollen, dann müssen wir einen Weg finden, wie wir die Ergebnisse aus dem

- Gebäudezustandsbericht
- Straßenzustandsbericht
- Kanalbefahrungsplan
- Lärmaktionsplan
- Klimaschutzkonzept
- Radverkehrskonzept
- u.v.m.

mittel- und langfristig in die Finanzplanung aufnehmen. Wäre dies in der Vergangenheit bereits erfolgt, dann wäre niemand überrascht gewesen, dass die Sanierung- der Musik- und Kunstschule plötzlich im Haushaltsplan auftaucht. Wir hätten außerdem einen realistischeren Blick auf unsere Zukunftsaufgaben und müssten erkennen, dass unsere finanziellen Handlungsspielräume weitaus kleiner sind, als sie gegenwärtig an mancher Stelle dargestellt werden.

Meine Verwaltung und ich haben es in diesem Jahr aber auch noch nicht geschafft, die selbstgesteckten Ziele vollständig umzusetzen. Aber der Anfang ist gemacht! Im Rahmen der Mittelanmeldung haben wir sichergestellt, dass aus allen Bereichen Ansätze in den Haushalt Eingang gefunden haben. Auf dieser Grundlage ist ein Haushaltsentwurf entstanden, der sich ausschließlich auf Basis vorhandener Beschlüsse, vorhandener Gutachten und Konzepte und auf der fachlichen Expertise der Gemeindeverwaltung gründet.

Musik- und Kunstschule

Die Musik- und Kunstschule ist eines der Gebäude, die im Gebäudezustandsbericht längst überfällig sind für eine Sanierung. Bereits im vergangenen Jahr haben wir die dringend erforderliche neue Heizungsanlage noch einmal verschoben, weil wir diese nur durch eine Entnahme aus der Rücklage hätten finanzieren können. In diesem Jahr muss die Sanierung nun kommen. Da der Ersatz einer Elektroheizung durch eine Gasheizung auch immer einen Eingriff in die Grundsubstanz des Gebäudes darstellt, hat das Bauamt empfohlen, weitere bauliche Problembereiche gleich mit anzupacken. Uns liegen Informationen von einer Fachfirma vor, dass der nächste Wasserschaden aufgrund des maroden Leitungsnetzes mit Sicherheit in der Musik- und Kunstschule auftreten wird. Hinzu kommen undichte Stellen im Dach und an den Fenstern. Statt in den nächsten Jahren immer wieder Hand an das Gebäude zu legen, ist so der Vorschlag entwickelt worden, die MuKS einer Generalsanierung zu unterziehen und damit auch ein altes- und ortsbildprägendes Gebäude, (das absehbar unter Denkmalschutz gestellt werden wird,) in einen zukunftsfähigen Zustand zu versetzen. Eine Luxussanierung wird es dabei natürlich nicht geben können. Vielmehr geht es darum, die Funktionalität des Gebäudes sicherzustellen und zu erhalten.

Warmwasseraufbereitung Waldseestadion

Um die reine Funktionserhaltung geht es bei der Sanierung der Warmwasseraufbereitung im Stadion. Hier sind gegenwärtig im Haushalt nur die Planungskosten erfasst. Die Erneuerung der Duschwasserversorgung im Stadion wird mit insgesamt rd. 210.000 Euro zu Buche schlagen. Die erforderlichen Mittel werden in der mittelfristigen Finanzplanung bereitgestellt.

Abwasserbeseitigung

Auch für die Abwasserbeseitigung sind im Haushalt 300.000 Euro eingestellt. Die Gemeinde ist vom Landratsamt dringend angehalten, die Wasserrechte zu verlängern. Hierzu müssen die kommunalen Hebewerke im Rahmen der Erstellung eines kommunalen Entwässerungsplans überprüft und ertüchtigt werden. Mittel- und langfristig müssen wir erhebliche Mittel für die Ertüchtigung unseres Abwasserkanalnetzes zur Verfügung stellen. Im Rahmen der letzten Ertüchtigungsrunde wurden über 2 Millionen Euro ausgegeben. Mancher ist der Meinung, damit haben wir unsere Pflicht für die nächsten Jahre getan. Mitnichten: Der Kanalsanierungsplan weist in den nächsten 10 Jahren weiteren Sanierungsbedarf von 5-7 Millionen Euro aus.

Waldkindergarten

Im Zuge der Sanierung des Kindergartens Franziskus ist geplant eine Gruppe für über Dreijährige (Ü3) in eine Gruppe von unter Dreijährige umzuwandeln. Die Ü3 Gruppe ist deshalb an anderer Stelle vorzuhalten. Im vergangenen Jahr war eine Elterninitiative auf die Verwaltung zugekommen und hat sich für die Eröffnung eines Waldkindergartens stark gemacht. Im Auftrag des Gemeinderats hat die Verwaltung Gespräche mit einem Träger aufgenommen, der in Forst einen Waldkindergarten betreiben könnte. Gegenwärtig läuft die Standortprüfung. Wenn alle relevanten Informationen vorliegen, ist das Thema reif für die Entscheidung des Gemeinderats. Persönlich bin ich überzeugt, dass ein Waldkindergarten, z. B. in der Nähe des Waldspielplatzes, eine echte Bereicherung wäre für eine Gemeinde, die den Forst im Namen trägt.

Ertüchtigung Telefonanlage im Rathaus

Im Rathaus wollten wir eigentlich nur die rund 30 Jahre alte Telefonanlage austauschen. Daraus ist dann ein 45.000 Euro teures Projekt geworden, weil die vorhandene Elektroverkabelung unterdimensioniert ist und im gesamten Haus ertüchtigt werden muss. Darüber hinaus müssen die Gemeinderechner endlich auf Windows 10 umgerüstet werden. Solche Herausforderungen müssen wir lösen, um dann auch das Zukunftsthema „Digitalisierung der Gemeindeverwaltung“ anzupacken.

(Im zurückliegenden Jahr war geplant, das Hallenbuchungssystem für die Waldseehalle/Alex Huber Forum in die Cloud zu überführen und damit den Einstieg in ein Onlinebuchungssystem vorzubereiten. Wegen technischer Probleme und auch wegen Mangel an Personalressourcen musste das Projekt ein- und zurückgestellt werden. An diesem Thema bleibt die Verwaltung weiter dran.)

Schnelles Internet

Für den weiteren Ausbau der Breitbandinfrastruktur stellen wir in diesem Jahr ebenfalls 60.000 Euro zur Verfügung. Dieses Geld soll jedoch nicht in den

Infrastrukturausbau fließen sondern ist für eine Fortschreibung des Masterplans vorgesehen, nachdem die Deutsche Telekom nun flächendeckend im Ortsgebiet „schnelles Internet“ auf Vectoringbasis anbietet. Wir können stolz sein, dass wir zu den ersten Kommunen gehören, die die Telekom überzeugen konnten, dass die Anmietung vorhandener kommunaler Glasfaserleitungen mehr Sinn macht als die Doppel- und Dreifachverlegung.

Ich bin froh, dass die Telekom beim Ausbau des schnellen Internets Verantwortung übernommen hat. So soll und muss es sein und an dieser Stelle wünsche ich mir, dass Bund und Land, anstatt die Kommunen mit Fördergeschenken in den Millionen teuren Breitbandausbau zu locken, dafür Sorge tragen, dass das „schnelle Internet“ - eine Gewährleistungsaufgabe des Bundes - flächendeckend durch die Telekommunikationsunternehmen erfolgt. (Wir haben bislang mehrere hunderttausend Euro für diesen Infrastrukturausbau ausgegeben. Hinzu kommen die nirgends eingerechneten Projektleiterstunden unseres Hauptamtsleiters. Dass das Kerngeschäft einer Kommune leidet, wenn der Hauptamtsleiter und Leiter des Seniorenheims plötzlich zum Chefbeauftragten für den Breitbandausbau wird, muss nicht weiter erklärt werden.)

Pflege öffentlicher Raum – Anschaffung einer Kehrmaschine

Um die Rückbesinnung auf das Kerngeschäft geht es auch bei unserem Bauhof. Unser Bauhof ist eine Wucht und er kann „fast alles“. Dennoch macht es tatsächlich keinen Sinn, den Bauhof immer für alles einzusetzen. Für den Einbau von Küchen in kommunalen Immobilien gibt es bestimmt bessere Lösungen. Mir ist es wichtig, dass wir den Bauhof in seinen Kernkompetenzen stärken und das ist insbesondere die Pflege des öffentlichen Raumes und hier reicht die Bandbreite von der Grünpflege bis zur Straßenunterhaltung. Im Rahmen der Mittelanmeldung bin auch ich von einem Posten überrascht worden. Für rund 60.000 Euro hat der Bauhof eine Kehrmaschine für die Reinigung von großen zusammenhängenden Plätzen wie bei der Waldseehalle oder die Reinigung von Verbindungswegen gemeldet. Wie von selbst hat diese Maschine deshalb nicht den Weg in den Haushalt gefunden, aber wenn man sich darauf einlässt, dass der Haushalt eben nicht von oben diktiert wird, sondern die Fachleute von unten sagen, was sie brauchen, um ihre Aufgaben gut zu erledigen, dann stellt man schnell fest, dass eine solche Anschaffung viel Sinn macht, weil die Arbeit effizienter erledigt werden kann und damit neue Möglichkeiten eröffnet werden, den Wünschen der Bürgerinnen und Bürger nach einer ordentlichen und sauberen Umgebung gerecht zu werden. Bitte erwarten Sie nun jedoch nicht, dass für Sie die wöchentliche Kehrwoche entfällt. Ein ordentliches Wohnumfeld wird auch in Zukunft eine Gemeinschaftsaufgabe sein und dazu müssen Sie, die Bürgerinnen und Bürger, ebenso ihren Beitrag leisten, wie die Gemeinde. Nur gemeinsam sind wir stark.

Ertüchtigung der Spielplätze

Im Haushalt für das Jahr 2019 haben wir auch die zweite Tranche (40.000 €) für die im letzten Jahr begonnen Ersatzbeschaffungen für unsere Spielplätze eingestellt. Insgesamt werden so 90.000 Euro investiert, um unsere Spielplätze auf Vordermann zu bringen. Bereits abgeschlossen sind die Erneuerungsmaßnahmen am beliebtesten Forster Spielplatz, dem Waldspielplatz und auch am Spielplatz in der Mozartstraße. In den Fokus rücken nun weitere Spielplätze, darunter auch der Spielplatz an der Waldseehalle, wo die Rutsche bereits demontiert ist.

Strategische Haushaltsplanung

Damit sind die Schwerpunkte des diesjährigen Haushalts genannt und erklärt. Mit dem Haushalt für ein einziges Jahr, ist es aber wie mit dem Wald, den man vor lauter Bäumen nicht sieht. Erlauben Sie mir an dieser Stelle noch kurz ein paar Sätze zur strategischen Ausrichtung der zukünftigen Haushaltsplanung.

Beim Neujahrsempfang habe ich bereits darauf verwiesen, dass es mir persönlich wichtig ist, dass wir in Forst die Errungenschaften der Vergangenheit für die Zukunft absichern. Dazu müssen auch die personellen Ressourcen gegeben sein.

Die Personalkosten sind der größte jährliche Ausgabenposten der Verwaltung. Das gilt für jedes Dienstleistungsunternehmen und ist erst einmal nichts Besonderes. In diesem Haushalt geraten die Personalkosten jedoch in den Blick, weil es hier zu deutlichen Kostensteigerungen von rd. 4,9 auf 5,38 Millionen Euro kommt. Diese sind durch die tariflichen Lohnsteigerungen begründet, erhöhte Pensionszahlungen, aber auch durch Ausweitungen von Personalstellen.

Wir haben eine Geschäftsstelle für den Gemeinderat (40 Prozent) geschaffen (und nicht wie im Haushaltsvorbericht auf S. 185 ausgewiesen eine Stelle für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit). Im Zuge der Nachfolgeregelung von Frau Dinglireiter haben wir die Stelle von 75 Prozent auf 100 Prozent aufgestockt. Für das Ordnungsamt haben wir eine befristete 80 Prozent Stelle realisiert, um Liegendebliebenes aufzuarbeiten. Im Bereich Kindergarten, Schule, Jugend stehen wir kurz vor der Anstellung einer Teilzeitkraft, die die Abteilungsleiterin entlasten soll und im Krankheitsfall auch die Vertretung sicherstellt. Gegenwärtig übernimmt im Urlaubs- oder Krankheitsfall der Hauptamtsleiter höchstpersönlich die Vertretung und wenn er nicht schafft, dann bleibt die Arbeit liegen. An diesem Punkt ist die Personalentwicklung noch nicht beendet. Unser IT-Dienstleister wird zum Sommer seine Leistung einstellen, weil zwei seiner Vollzeitmitarbeiter, darunter auch der Betreuer für Forst, den Arbeitgeber wechseln. Beide haben Festanstellungen in Gemeindeverwaltungen der Region gefunden. Damit müssen wir uns neu aufstellen. (Hauptverantwortlich für den IT-Bereich bei der Gemeinde Forst ist der stellvertretende Hauptamtsleiter, der gleichzeitig hauptverantwortlich ist für die interne Verwaltung, den Heidensee und insbesondere den Sport und die Vereine. Diese Aufgabe war ihm vor rund 30 Jahren zugewachsen, als die Gemeinde den ersten Computer beschafft hat. Zwischenzeitlich betreut er weit über 50 Computer an dezentralen Standorten, managt ganz wesentlich die Umstellung der Geschäftsstelle Gemeinderat auf die papierlose Ratsarbeit, ist unser zentraler Ansprechpartner für den neuen IT-Giganten ITEOS und damit auch Schnittstellenverantwortlicher zum kommunalen Rechenzentrum. Er leistet Unglaubliches und dafür bin ich ihm sehr dankbar, aber gefühlt macht er gerade die Arbeit von drei Vollzeitstellen.) Hier brauchen wir ebenso eine Lösung wie auch im Bereich des Katastrophenschutzes, wo vom Gemeinderat ein weitreichendes Katastrophenschutzkonzept beschlossen wurde, das bereits zur Anschaffung von zwei Notstromaggregaten im Wert von über 200.000 Euro geführt hat. Die Anschaffung eines weiteren Notstromaggregats und einer Sirenananlage sollen in 2020 erfolgen. Parallel sollen Katastrophenschutzszenarien für „Kernkraftunfälle“, „Hochwasser“, „Stromausfall“ u.a. erarbeitet werden. Die Frage ist dabei: **Wer wird diese Szenarien erarbeiten und wer kümmert sich langfristig um die Implementierung des Konzeptes?** Gegenwärtig ist mein Eindruck, dass wir die entsprechenden Investitionen tätigen und mit der Unterstützung eines externen Beraters die entsprechenden Konzepte entwickeln, die dann jedoch im Keller verstauben werden, weil weder im

Ordnungsamt noch bei der Feuerwehrsachbearbeitung Personalkapazitäten für dieses Thema frei sind. Das kann aber nicht Sinn der Sache sein. An diesem Punkt gibt es zwei Möglichkeiten:

- A) Wir brauchen eine Aufgabenkritik mit dem Ziel uns von gewissen Aufgaben und Leistungen zu trennen. Nur dann wäre der Personalkörper in der Lage, den Aufgaben gerecht zu werden. Wer diesen Weg beschreiten will, sollte dringend Ideen und Vorschläge entwickeln.
- B) Wir bekennen uns zu den gewünschten Aufgaben und entwickeln den Personalkörper so weiter, dass er den Aufgaben gerecht werden kann. Diesen Weg haben wir eingeschlagen und ich bin dem Gemeinderat sehr dankbar, dass er ihn bislang mitgetragen hat.

Weder die Verwaltung noch ich persönlich sehen eine Möglichkeit, dass wir ohne große Schmerzen zu einer Aufgabenreduzierung kommen können. Ich würde diese auch nicht wollen, weil unsere Schule, die Kindergärten, unsere Hallen, unser Schwimmbad, unsere Bücherei und unser Jugendhaus uvm. Forst lebenswert machen.

Diese Einrichtungen zu erhalten schaffen wir jedoch nur, wenn wir langfristig nicht über unsere Verhältnisse leben. Und nun bin ich beim Heidesee angekommen.

Freizeitpark Heidesee

Ohne die rechtliche Thematik wäre am Heidesee immer noch alles beim alten. Nachdem wir das Thema anpacken mussten, stellt sich schon die Frage, wie wir damit sinnvoll umgehen, insbesondere wenn wir die politische Wahl haben zwischen der Umsetzung von teureren und günstigeren Varianten. Im Haushalt für dieses Jahr haben wir genauso viel Geld eingestellt, wie wir im vergangenen Jahr bereitgehalten haben. Beschließen wir nun ein Konzept, dass am See zu Mehrausgaben führt, dann haben wir dieses Geld in der Logik des Haushalts an anderer Stelle einzusparen. Wenn wir es jedoch im Rahmen der Variantenentscheidung schaffen würden Gelder einzusparen, dann stehen uns dieser an anderer Stelle zur Verfügung oder könnte unsere Rücklage stärken. Da heute nicht die Variantenentscheidung ansteht, beschränke ich meine Ausführungen auf diesen für die Umsetzung des Haushalts wichtigen Aspekt.

Ausblick: Erhöhung von Gebühren und Steuern

Nun möchte ich Ihren Blick noch auf die Haushalte der Zukunft richten. Der Haushaltsplan wird immer auf Grundlage der Steuerschätzung des Bundes erstellt, die uns über das Land erreicht. In der letzten Steuerschätzung sind Zahlen hinterlegt, die ich für unrealistisch halte. Für 2019 wird von einer Einnahmensteigerung von 3 Prozent ausgegangen. Bis 2022 geht die Steuerschätzung davon aus, dass sich die Einnahmensituation der Kommunen jährlich weiter

um 2,4 Prozent verbessert. Im Januar hat Wirtschaftsminister Peter Altmaier die Wachstumsprognose der Bundesregierung auf nur noch 1 Prozent reduziert. Jeden Euro, den wir in Zukunft weniger einnehmen, macht uns Probleme und muss auf der Ausgabenseite eingespart werden, was aber kaum möglich sein wird, weil wir dort hauptsächlich von Fixkosten reden. Dieses Risiko müssen wir im Auge behalten.

Bei der sogenannten Gebührendebatte waren wir uns im Hauptgremium einig, dass in diesem Jahr die Steuern und Gebühren gleichbleiben sollen. Dennoch gehört zur

Wahrheit mit dazu, dass wir in fast allen Haushaltspositionen mit Kostensteigerungen zu kämpfen haben.

In der Finanzverwaltung brauchen wir mehr Geld für die Doppikumstellung. In den Kindergärten laufen die Kosten davon. Für die Waldseehalle/AHF steigt der jährliche Zuschussbedarf deutlich und auch die Kosten für die Abwasserbeseitigung nehmen zu. Auch im Zweckverband Wasserversorgung Kraichbachgruppe werden die aktuellen Investitionsmaßnahmen in Höhe von rd. 1,8 Millionen Euro in den Folgejahren ebenfalls Gebührenerhöhungen zur Folge haben. Gerade in diesen Tiefbaubereichen wird der Investitionsbedarf in die vorhandene Infrastruktur hoch bleiben, weshalb sogar mittelfristig mit weiteren Gebührenerhöhungen zu rechnen sein wird.

An dieser Stelle soll es deshalb keinen Zweifel geben: Im nächsten Haushaltsjahr werden wir nahezu flächendeckend die Gebühren anheben müssen. Gegenwärtig halte ich es zudem für sehr wahrscheinlich, dass wir zur Finanzierung unserer kommunalen Infrastruktur auch über eine Erhöhung der Gewerbesteuer nachdenken müssen. Aufgrund der vom Bund geplanten Reform der Grundsteuer sieht gegenwärtig alles danach aus, dass die neue Systematik ebenfalls viele Bürgerinnen und Bürger zusätzlich belasten wird. Auch hier gehe ich davon aus, dass die Frage nur noch sein wird, wie viel teurer es denn werden wird.

Sehr geehrte Damen und Herren,

dieser Ausblick ist alles andere als erfreulich. Er fußt jedoch auf einer Analyse unserer derzeitigen Haushaltssituation und ich lade Sie herzlich ein, die Kostensteigerungen im Haushaltsplan selbst nachzulesen und sich ein Bild zu machen.

Forst ist und bleibt eine attraktive Gemeinde, die getragen wird von einer engagierten Bevölkerung. Sie alle wissen, welche Herausforderungen vor uns stehen. Wir brauchen Lösungen für den kommunalen Immobilienbestand und müssen uns überlegen, was aus dem Regiegebäude werden soll. Die Zeit läuft, um über die Zukunft des Jugendhauses und die Waldfesthütte nachzudenken. Wir brauchen die Erweiterung unseres Seniorenheims, müssen uns weiter um einen guten Rahmen für die Integrationsarbeit bemühen und uns überlegen, wie wir das Ehrenamt weiter stärken können. Mein Ziel ist es deshalb, zusammen mit dem neuen Gemeinderat einen Fahrplan für die nächsten fünf Jahre festzulegen. Auftakt hierfür kann die Klausurtagung im Sommer sein, wo Gemeinderat und Verwaltung sich gemeinsam fragen sollten, wie man den Bestand am besten erhalten und zukunftsfähig entwickeln kann.

Dank

An dieser Stelle danke ich allen, die sich als Kandidaten für die Wahl des Gemeinderats aufstellen lassen. Alle die noch am überlegen sind, möchte ich ermutigen, sich einen Ruck zu geben und anzutreten. Wir brauchen Ihr Herz und Ihren Verstand.

Mein besonderer Dank gilt am heutigen Abend Michael Veith und seinem Team für die Erstellung des Haushaltsplanes und natürlich der gesamten Verwaltung, die über die Mittelanmeldung daran mitgewirkt hat.

Dem Gemeinderat danke ich ganz herzlich, dass Sie die Haushaltsverabschiedung im Februar anstatt im Dezember mittragen. Vielen Dank!